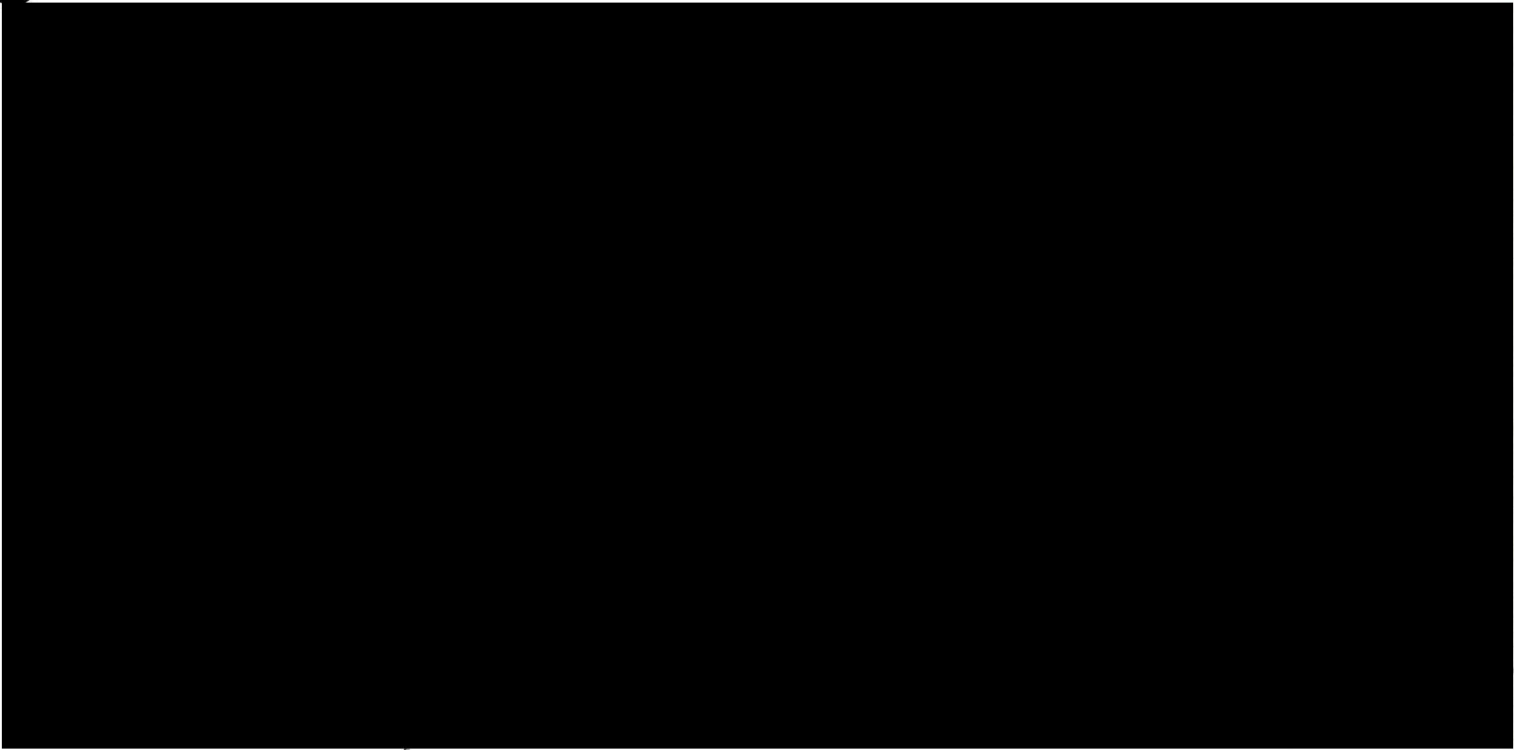


**Fragen an die Bundestagsabgeordneten anlässlich der Podiumsdiskussion
am 15.03.03**

- Wie stehen Sie zu den beantragten Standortzwischenlagern?
 - Halten Sie die Standortzwischenlager auch vor dem Hintergrund möglicher terroristischer Anschläge für verantwortbar und die Geheimhaltung der Studien in diesem Zusammenhang für hinnehmbar?
 - Was soll nach Ihrer Auffassung mit dem bisher angefallenen Strahlenmüll geschehen und wie viel Müll soll weiterhin produziert werden?
 - Wie stehen Sie zur Leistungserhöhung durch die Erhöhung des Reaktordrucks insgesamt und zur Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung bei dieser sicherheitsrelevanten Maßnahme .
 - Halten Sie es für richtig, dass die Betreiber nur für einen Bruchteil der möglichen Schäden im Falle eines kerntechnischen Unfalls vorsorgen müssen?
 - Halten Sie den augenblicklichen Katastrophenschutz für ausreichend?
 - Wie stehen Sie dazu, dass die EVU's mit den Rückstellungen „arbeiten“ können?
 - Für wie verantwortbar halten Sie die Nutzung der Atomenergie insgesamt, bei Betrachtung des gesamten Brennstoff„kreislaufs“?
- 

Energiewende atomkraftfreies Schwaben e.V.

Raimund Kamm, Luitpoldstr. 26, 86157 Augsburg, T.: 0821-541936 (F -541946), Kamm@gmx.de
>fragenMdB.doc 15/03/03 Seiten-Anzahl: 2<

paper/notiz

Fragensammlung für die Diskussion mit den Bundestagsabgeordneten

- Halten Sie es für richtig, daß die Betreiber der Kernkraftwerke bei einem großen Unfall mit großflächigen Verseuchungen nur für einen Bruchteil der dann notwendigen Entschädigungen vorsorgen müssen? Daß einen Teil der Schadensvorsorge weiterhin mittels Bürgschaften die Bundesländer aufbringen?
- Wie stehen Sie zur vorbeugenden Versorgung der Bevölkerung mit Jodtabletten ??
- Halten Sie die bestehenden Katastrophenschutzpläne bei kerntechnischen Unfällen mit einer Evakuierungszone von 25 km im Umkreis des AKW nach den Erfahrungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl noch für zeitgemäß und ausreichend??
- Rückstellungen der AKW-EVUs. Wie lange wird es der Staat noch dulden, daß die Betreiber der KKW, die in späteren Jahren erforderlichen Gelder für die Atommüllbeseitigung in ihrer privaten und ungesicherten Verfügungsgewalt behalten, so daß bei einer Insolvenz, man denke an AEG, Holzmann, Enron, British Energy, der Staat und somit die Steuerzahler mit zig Milliarden einspringen müßten ? Wie stehen Sie diesbezüglich zur Initiative der EU-Kommissarin de Palacio, diese Gelder in einem staatlichen Fonds zu sichern?
- Was meinen Sie zur wohlstandsverschlingenden und umweltschädigenden Stromverschwendung durch die Leerlaufverluste von Haushalts- und Bürogeräten (Computer, Drucker, Radios, Faxgeräte, schnurlose Telefone, Fernseher usw.)? Sind Sie bereit, sich für eine Gesetzesinitiative „Aus ist Aus“ einzusetzen?
- Brennelementemüll. Was sollte Ihrer Meinung nach mit dem Tag für Tag in Gundremmingen produzierten Atommüll, der etwa 1.000.000 Jahre tödlich strahlend bleibt, gemacht werden?

- Wie lange halten Sie die weitere Produktion von Atommüll angesichts der weltweit erfolglosen Suche nach einem sicheren Endlager noch für verantwortlich?
- Sind Sie der Meinung, dass Atomkraft umweltfreundlich ist? Wenn ja, welche Faktoren sprechen nach Ihrer Meinung dafür?
- Haben Sie sich schon einmal mit dem Uranbergbau und dessen Folgen auseinandergesetzt?
- Wie stehen Sie zu der Genehmigung, noch bis zum Jahr 2005 Atommüll in die Plutoniumfabriken nach LaHague und Sellafield zu karren? Die Bundesregierung hat eine Abstimmung gegen Sellafield in der EU mit verhindert – wie stehen Sie zur Problematik der Plutoniumabtrennung? Halten Sie die damit verbundene Verseuchung des Meeres für mit dem Atomgesetz vereinbar, also der darin vorgeschriebenen „schadlosen Verwertung“?
- Was sagen Sie dazu, daß der sichere Einschluß des Atommülls im Zwischenlager zwar nur durch die Castoren garantiert werden soll, daß aber die Gutachten über die Sicherheit der Castoren nicht veröffentlicht werden?
- Wie schätzen Sie die Terrorgefahr für die Zwischenlager ein, nachdem z.B. der gerade fest genommene militärische Führer von Al-Qaida schon vor einem Jahr in einem TV-Interview gesagt hat, daß man die entführten Flugzeuge des 11.9. eigentlich habe auf eine Atomanlage stürzen wollen. Daß man davon abgekommen sei, weil die Folgen nicht absehbar gewesen sein sollen – was immer das auch bei dem Terroristenführer heißen mag?
- Worauf können wir Bürger uns verlassen, wenn auch die Gutachten über die Terrorgefährdung der Atomanlagen geheim gehalten werden? Artikel 20 unserer Verfassung sagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“
- Glauben Sie persönlich daran, dass in 40 Jahren das Zwischenlager geräumt ist? Würden Sie, so Sie es denn noch erleben, persönlich die Verantwortung dafür übernehmen wollen?
- Leistungserhöhung. Die beiden Reaktoren hier in Gundremmingen sollen von je 1344 MW_{el} Bruttoleistung auf 1450 MW gesteigert werden. Dazu soll stärkerer Spaltstoff verwendet und die Reaktoren „schärfer“ mit mehr Kernspaltungen und höherem Druck gefahren werden. Bayern ist Genehmigungsbehörde und der Bund hat die Aufsicht. Bisher wird sogar die normalerweise vom Gesetz vorgeschriebene, aber in diesem Fall nicht zwingend geforderte, Öffentlichkeitsbeteiligung verweigert. Wie stehen

Sie zur Leistungserhöhung sowie zur Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung?

- Wie sollte Ihrer Meinung nach in 4, in 15, in 30 und in 60 Jahren die Energieversorgung unseres Landes aussehen?

- Wofür wollen Sie als Abgeordnete der Region, in der Deutschlands größtes Kernkraftwerk läuft, das zudem in 2001 zur mit Abstand höchsten radioaktiven Belastung der Nachbarschaft aller deutschen AKWs geführt hat, und wo jetzt auch noch Deutschlands größtes Atommüll-Lager gebaut werden soll, sich besonders einsetzen?

„Wann wird Schwaben atomfrei?“

Verein „Energiewende“ diskutierte mit Bundestagsabgeordneten in Dillingen

Dillingen (vp). „Das Atommüllproblem wird von den Politikern völlig unterschätzt“, betonte der Vorsitzende des Vereins „Energiewende atomkraftfreies Schwaben (Ewas)“, Raimund Kamm, bei der Jahreshauptversammlung im „Hotel Corvikt“ in Dillingen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung am Samstagmittag stand eine Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wann wird Schwaben atomfrei?“ mit den beiden Bundestagsabgeordneten Gabriele Fograscher (SPD) und Dr. Georg Nüßlein (CSU).

„Die Betreiber des Kernkraftwerkes Gundremmingen lassen Kritiker nicht zu. Bei dem letzten Kraftwerksgespräch haben sie einige wieder eingeladen, weil sie im Forum engagiert sind“, sagte der Ewas-Vorsitzende Raimund Kamm in seinem Jahresbericht vor den rund 20 Mitgliedern. Gleichzeitig warf er den Betreibern mangelhafte Transparenz bei ihrer Informationspolitik vor und forderte: „Es müssen klare Aussagen gemacht werden, welche Ausgaben von den Betreibern an Gemeinden, Vereine, Schulen und Krankenhäuser gemacht werden. Nur so können wir der Korruption begegnen.“ Die Vorsitzende Gabi Olbrich-Krakowitz betonte, dass die Gruppe im Januar öffentlich auf die im Jahr 2001 um das Vierfache angestiegene Strahlenbelastung im AKW Gundremmingen hingewiesen habe. „Für uns ist es unbegreiflich, dass es einen Verein braucht, damit das Ministerium auf solche Missstände reagiert.“

Politiker unterschätzen Atommüll

In der nachfolgenden regen Podiumsdiskussion konfrontierten die beiden Vereinsvorsitzenden die Bundestagsabgeordneten aus den Kreisen Dillingen/Donau-Ries und Günzburg unter anderem mit der Beseitigung des Atommülls. Von den Grünen hatte niemand an der Podiumsdiskussion teilgenommen, weil, so eine Pressemitteilung des Bundestagsbüros von Claudia Roth, der Termin „nie abgestimmt, sondern ohne Rücksprache festgesetzt“ worden sei. Raimund Kamm: „Meine Einschätzung ist, dass das Atommüll-Problem von den Politikern völlig unter-

schätzt wird.“ Der CSU-Bundestagsabgeordnete vom Landkreis Günzburg, Dr. Georg Nüßlein, der sich strikt gegen ein Zwischenlager in Gundremmingen aussprach, hob gleichzeitig die Notwendigkeit eines solchen Atommülllagers hervor. „Im Sinne der Lastenteilung ist es nicht gerecht, wenn wir neben dem Kernkraftwerk auch ein Zwischenlager bekommen.“ Gabriele Fograscher (SPD) warnte davor, Kirchturnpolitik zu betreiben und nur auf die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus zu setzen. „Ich bin Bundestagsabgeordnete und habe nicht nur die Interessen der Menschen dieser Region zu vertreten, sondern auch die von Menschen der ganzen Bundesrepublik.“

Die Vorsitzende Olbrich-Krakowitz warf den Politikern vor, sich auf den Atomkonsens eingelassen zu haben, anstatt einen sofortigen Atomausstieg durchzusetzen. „Das ist kein

Ausstieg, weil wir durch den Konsens, den jetzt schon vorhandenen Atommüll noch verdoppeln.“ Zudem hätten die Bürger keine Sicherheit, was mit dem beschlossenen Atomkonsens nach einem Regierungswechsel passiere. Da der Ausstieg, so Dr. Nüßlein, für

2005 – also ein Jahr vor den Bundestagswahlen – festgesetzt sei, könne er sich nicht vorstellen, dass daran noch einmal gerüttelt werden. Auch Fograscher hob die „Unumkehrbarkeit“ des Atomausstiegs hervor. Auf Anregung von Raimund Kamm hin erklär-

ten die beiden Bundestagsabgeordneten, die immer wieder betont hatten, keine Atompolitik-Experten zu sein, ihre Bereitschaft, zusammen mit Ewas in der Region eine Tagung zum Thema Atommüll-Problematik mit Fachleuten zu organisieren. Raimund Kamm: „Die Bevölkerung weiß bis heute nicht, wie folgenreich das Atommüllproblem ist.“

Gemeinsame Tagung



Zur Frage „Wann wird Schwaben atomfrei?“ diskutierten die Ewas-Vorsitzenden (von rechts) Raimund Kamm und Gabi Olbrich-Krakowitz mit den MdBs Gabriele Fograscher (SPD, Dillingen/Donau-Ries) und Dr. Georg Nüßlein (CSU, Günzburg) in Dillingen. Bild: Verena Pfeleiderer